

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

In Verbindung mit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 – 2011

Drucksache 14/4601

- Einführungsbericht des Ministers für Generationen, Familie, Frauen und Integration zum Haushaltsgesetz 2008, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration (Einzelplan 15)

Ausschussvorsitzende Andrea Milz erinnert an das bisherige Beratungsverfahren: Nach Einbringung des Haushaltsgesetzentwurfs durch die Landesregierung am 22. August sei für die heutige Sitzung der Einführungsbericht des Ministers für Generationen, Familie, Frauen und Integration vorgesehen.

Für die Landesregierung erstattet **Minister Armin Laschet (MGFFI)** folgenden Bericht:

Liebe Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2008 zum dritten Mal in Folge den Entwurf für einen Haushalt mit sinkender Nettoneuverschuldung vor. Das ist aus Sicht eines Generationenministers eine prinzipiell sehr gute Bemerkung. Schon heute können wir feststellen, wie sehr wir unter der Schuldenlast leiden: Immer noch müssen wir Woche für Woche 112 Millionen € an Schuldzinsen zahlen. Das ist Geld, mit dem wir fast schon das gesamte letzte Kindergartenjahr freistellen könnten. Das heißt: Wir können unseren Kindern und den nach ihnen folgenden Generationen keine Schulden hinterlassen. Deshalb ist eine sinkende Nettoneuverschuldung eine gute Nachricht.

Der Konsolidierungskurs wird fortgeführt. Gegenüber dem Nachtragshaushalt 2007 wird die Nettoneuverschuldung um rund 350 Millionen € reduziert. Das ist die niedrigste Nettoneuverschuldung seit 30 Jahren.

Das geht aber nur mit großer Ausgabendisziplin: Wir müssen um viele Euros kämpfen, können aber die gute Botschaft mitteilen, dass es Etats gibt mit weiter sinkenden Ansätzen und fortgesetzter Konsolidierung. Bildung, Familie und Kinder sind angenommen. Unser Etat wird auch im nächsten Jahr steigen.

Herr Kollege Jörg, Sie können – dieses Thema haben wir eben erörtert – die 30 Millionen € hin- und herrechnen. Im Vergleich zum Ist-Zustand des Jahres 2007 hatten wir für die Kindertagesstätten 819 Millionen € zur Verfügung stehen. Im nächsten Jahr werden es 969 Millionen € sein. Aufgrund der geänderten Förderstruk-

tur sind das im nächsten Jahr nur 150 Millionen €, weil das KiBiz erst ab August wirkt. Wenn das KiBiz im Jahr 2009 ganzjährig wirken kann, wird es sich sogar um 250 Millionen € handeln. Dann haben wir im Bereich der Kindergärten über 1 Milliarde €. Stellt man sich vor, dass die Kinderzahl immer weiter abnimmt, bedeutet das: Pro Kind wird von Jahr zu Jahr mehr Geld ausgegeben.

Alles in allem beträgt das Haushaltsvolumen im Einzelplan des Ministeriums 1,368 Milliarden €. Die Differenz zum Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Mittel für die frühkindliche Bildung sowie Anpassungen bei gesetzlichen Leistungen. In den einzelnen Texten finden Sie das ausgeführt.

Was bedeutet das für die einzelnen Haushaltsstellen? – Der größte und wichtigste Bereich ist „Kinder und Jugend“ und ist eng mit dem KiBiz verbunden. Ziele des Gesetzes sind der Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige, die Verbesserung der frühen Bildung und Förderung, die bedarfsgerechte Gestaltung von Öffnungszeiten und Angeboten sowie die Verankerung der Sprachförderung und Familienzentren als gesetzlicher Anspruch. Das bringt mehr Geld ins System.

Im Haushaltsplan finden Sie das so dargestellt: Bis zum 31. Juli 2008 gilt das alte GTK. Ab dem 01.08.2008 gilt das KiBiz. Die Gesamtsumme ergibt sich aus den differenzierten Haushaltsstellen.

Mit der Sprachförderung haben wir das Passstück zum Schulgesetz. Zum ersten Mal haben wir verpflichtend alle Kinder im Alter von vier Jahren auf ihre Sprachkompetenz hin getestet. Dafür steht im nächsten Jahr mehr Förderung zur Verfügung: Vorgesehen sind 28 Millionen €. Viele Erzieherinnen bei den zahlreichen Veranstaltungen, auf denen ich bin, sagen mir, dass sie das eigentlich immer schon gemacht haben. Meine Antwort: Bisher haben Sie es unentgeltlich gemacht. Es war eine Aufgabe des Kindergartens. Jetzt können wir – weil wir wissen, wo der Förderbedarf ist – pro Kind besser fördern. Im Jahr 2007 standen uns dafür 7 Millionen € zur Verfügung. Nächstes Jahr werden es 28 Millionen € sein, die für die Sprachförderung vorgesehen sind.

Die Familienzentren sind im Kapitel 15 040 etatisiert. Auch dort entwickeln wir einen Teil der Kindertagesstätten weiter zu Familienzentren. Dafür standen im jetzigen Haushalt 7 Millionen € zur Verfügung. Im nächsten Jahr werden es 16,2 Millionen € sein. Seit dem 1. August arbeiten bereits 1.000 Familienzentren. Im nächsten Jahr werden es 1.500 Zentren landesweit sein.

Ein neues Kapitel ist das Kapitel 15 040, die Kindertagespflege. Dort wird die Qualifizierung und Absicherung der Tagesmütter und Tagesväter unterstützt. Für die Kommunen gibt es pro Kind insgesamt 725 € jährlich. Das Land stellt insgesamt 13 Millionen € zur Verfügung.

Neben den Themen, die unmittelbar mit dem KiBiz verbunden sind, will ich einige weitere Aspekte unserer Kinder- und Jugendpolitik anhand von Haushaltsstellen vortragen: Wie wir es den Trägern versprochen haben, haben wir im Kinder- und Jugendförderplan Sicherheit hergestellt. Es wird über fünf Jahre hinweg ein Minimum von 75 Millionen € geben, die im Kinder- und Jugendförderplan bereitstehen. Wir wollen das auch noch einmal in einem Pakt mit der Jugend sichern und gewährleis-

ten, dass das Geld aus dem Vorjahr möglichst im neuen Jahr verwandt werden kann, also nicht – wie früher – vom Finanzminister eingesammelt werden kann, damit für Kinder und Jugendliche im Kinder- und Jugendförderplan das Geld für die pädagogische Arbeit bis 2010 wirklich bereitsteht.

Für die klassische Kinder- und Jugendarbeit stehen im Jahr 2008 die Mittel in gleicher Höhe wie im Vorjahr zur Verfügung. Ferner werden wir mit Mitteln des Kinder- und Jugendförderplans gemeinsam mit der Stiftung Mercator ein Projekt der Sportjugend fördern, das insbesondere Mädchen mit Zuwanderungsgeschichte zugute kommt.

Soweit es um die Frage des Kinderschutzes geht, haben wir erneut bestürzende Erlebnisse gehabt. Das betrifft auch Kinderverwahrlosung. Auf meine Initiative hin sind die Jugendminister und -ministerinnen der Länder im Jahr 2006 zu einer Sonderkonferenz zusammengekommen. Für Nordrhein-Westfalen haben wir inzwischen ein zehn Punkte umfassendes Handlungskonzept vorgelegt. Mit einem Mehrbetrag wollen wir Gelder – eingerichtet ist eine Haushaltsstelle, die mit 100.000 € ausgestattet ist – zusammen mit der Peter-Maffay-Stiftung umsetzen. Dabei wird schwer traumatisierten Kindern die Möglichkeit eingeräumt, zusätzliche Betreuung zu erfahren. Dabei geht es um Kinder – ich habe sie mir angesehen –, die schwere Kriminalität und Gewalttaten – bis hin zu Tötung von Elternteilen – miterlebt haben.

Generationen und Familie! Hier wurden die Ausgaben um 2,2 Millionen € erhöht. Hintergrund dafür sind bundesgesetzlich vorgegebene Finanzierungsstandards in der Schwangerschaftsberatung sowie die Anpassung in der Kostenerstattung bei Schwangerschaftsabbrüchen. Um ein ausreichendes, wohnortnahes und plurales Beratungsangebot zu gewährleisten, waren Stellenausweitungen bei den Schwangerschaftsberatungseinrichtungen erforderlich. Wir zahlen heute mehr Männer und Frauen in der Konfliktberatung, weil wir die Trägerlandschaft erhalten wollen und dem besonderen Schutz des ungeborenen Lebens entsprechen möchten.

Alle übrigen Haushaltspositionen sind unverändert, sodass Angebote und Unterstützung für Familien – zum Beispiel Familienberatung, Familienbildung und Schuldnerberatung – auf dem bestehenden Niveau bleiben.

Unter dem Kapitel „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ wollen wir eine Initiative zur Förderung familienfreundlicher Unternehmen starten. Wir wollen für diese Initiative die Unterstützung des Europäischen Regionalfonds nutzen, der in der neu begonnenen Förderperiode der Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen ganz wichtigen Platz einräumt. Das ermöglicht uns, über unseren bisherigen Haushalt hinaus zusätzliche Mittel zu akquirieren. Ich bin mir sicher, dass diese Initiative auf breite Resonanz in den Unternehmen stoßen wird.

Mit einer Landesinitiative wollen wir in den nächsten Jahren die Kommunen dazu anregen, Familienfreundlichkeit zu ihrem Markenzeichen zu machen. Viele Kommunen sehen darin schon einen Wettbewerbsvorteil und machen das bereits. Wenn wir demografischen Wandel haben, wird die Kommune auf Dauer Zuwachs an Bevölkerung verzeichnen können, die sich besonders kinder- und familienfreundlich einrichtet. Diejenigen, die Rat suchen, wollen wir zum einen durch ein Informations- und Bera-

tungszentrum unterstützen. Dieses Zentrum soll der Fachöffentlichkeit Informationen, Vernetzung, Beratung und Qualifizierung in allen auf kommunaler Ebene relevanten familienpolitischen Handlungsfeldern anbieten.

Zum anderen ist die Auszeichnung familienfreundlicher Kommunen im Rahmen eines Audits vorgesehen. Ein Pakt für die Familien soll im nächsten Jahr die Bedeutung dieses Themas ebenfalls unterstreichen.

Der Kapitelbereich „Bürgerschaftliches Engagement“ gewinnt ebenfalls an Bedeutung. Ich habe gestern an einer großen Tagung der Bertelsmann-Stiftung teilgenommen. Dort haben wir erleben können, wie man junge Menschen mehr zu bürgerschaftlichem Engagement motivieren kann. Aus allen Berichten von der Bundesebene wissen wir, dass das ehrenamtliche Engagement älterer Bürger zunimmt, während die jüngeren einen eher geringen Anteil ausmachen. Dort einen Schwerpunkt zu setzen, haben wir uns auch für Nordrhein-Westfalen vorgenommen. Mehr als 5 Millionen Menschen engagieren sich im Ehrenamt. Dieses Engagement soll gestärkt werden. Noch mehr Menschen sollen dazu angereizt werden, bürgerschaftlich aktiv zu werden.

Wir führen die bewährten Instrumente, die die Vorgängerregierung eingeführt hat, fort. Dabei geht es zum Beispiel um den Landesnachweis für das bürgerschaftliche Engagement. Außerdem die Landesunfall- und -haftpflichtversicherung für ehrenamtlich Tätige, aber auch die Informations- und Serviceplattform, die sich in Nordrhein-Westfalen engagiert.

Wir wollen uns etwas, das es in anderen Bundesländern schon gibt, für Nordrhein-Westfalen neu vornehmen. Dabei handelt es sich um die Ehrenamtskarte. Wir werden mit Pilotkommunen denen, die sich ehrenamtlich engagieren, Vergünstigungen auf viele öffentliche und private Leistungen anbieten. Gerade beim Ehrenamt brauchen wir diese Anerkennungskultur, die im Moment noch ein wenig unterentwickelt ist.

Ferner wollen wir das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen, sogenannten Corporate Citizenships, mit unserem Wettbewerb „ENTERPreis“ auch in Zukunft unterstützen.

Generationen und Senioren! Der demografische Wandel ist eine heute überall in den Diskussionen präsente gesellschaftliche Entwicklung. Auf diese demografische Entwicklung können und müssen wir unser Gemeinwesen vorbereiten. Eine zentrale Säule ist dabei eine Politik für das Miteinander der Generationen. Der im Jahr 2007 durch unser Ministerium begonnene Wissens- und Erfahrungsaustausch wird fortgesetzt und über das Internet kommuniziert. Der Wettbewerb „Projekte für Generationen“ soll vorhandenes Engagement unterstützen, Anerkennung vermitteln und zu weiteren Projekten ermutigen.

Dann haben wir die „Zukunftsinitiative Seniorenwirtschaft“, die auch im nächsten Jahr mit der Wirtschaft, dem Handwerk und dem Handel, den Wohlfahrtsverbänden und den kommunalen Spitzenverbänden die Lebensqualität älterer Menschen verändern wird.

Integration und internationale Zusammenarbeit! Die aktuelle entwicklungspolitische Diskussion weltweit nimmt zunehmend die Frage in den Blick, wie Migration und Entwicklung miteinander verbunden werden können. Die größte Gruppe der bei uns lebenden Zuwanderer – sie kommt aus Afrika – ist die, die mehr Geld und Wissen in ihrer Heimat zurücküberweist. Das leistet mehr als wir - damit meine ich Bund, Länder und Kommunen - mit all unserer Entwicklungspolitik bewirken können. Dieses Potenzial ist noch nicht genügend genutzt. Deshalb legen wir dort im nächsten Jahr einen unserer Schwerpunkte. Entwicklungspolitik ist nämlich nicht nur eine humanitäre Verpflichtung, sondern liegt gerade auch im Interesse Nordrhein-Westfalens. Nordrhein-Westfalen ist nämlich das Nord-Süd-Land in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben alle großen entwicklungspolitischen Institutionen und mit Bonn den einzigen deutschen UN-Standort. Das müssen wir noch stärker ins Bewusstsein der Menschen rücken.

Deshalb hat die Landesregierung am 21. August Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Landes beschlossen, die die bisher geltenden Leitlinien, die nie mehr überarbeitet worden sind und aus dem Jahre 1993 stammen, auf den aktuellen Stand des 21. Jahrhunderts zu bringen. Wir erhalten damit die große Bandbreite an Aktivitäten im Bereich der internationalen Zusammenarbeit, setzen aber auch neue Akzente und streben eine offizielle Partnerschaft mit Ghana an. Menschen aus Ghana bilden nämlich die größte Diasporagruppe in Nordrhein-Westfalen. Ghana ist auch für Demokratie und sozialmarktwirtschaftliche Bedingungen das Musterland schlechthin. Es gibt ein einziges deutsches Bundesland, das ebenfalls eine solche Partnerschaft pflegt. Das ist Rheinland-Pfalz, das seit Jahren mit Ruanda zusammenarbeitet. Wir wollen an eine ähnliche Entwicklung anknüpfen und in Zukunft eine Partnerschaft mit Ghana eingehen.

Zur Unterstützung des UN-Standorts Bonn und der dort tätigen Einrichtungen – insbesondere InWEnt und dem DIE – setzen wir 2,5 Millionen € ein. Bonn soll internationales Nord-Süd-Zentrum werden. Dort wird zurzeit mit Investoren das World Conference Center Bonn gebaut, das ab Frühjahr 2009 ein Kongresszentrum beherbergen wird, das internationalem UN-Standard entspricht.

Wer weiß, dass der Klimawandel weltweit eine der größten Herausforderungen ist und dazu in Bonn ein Sekretariat angesiedelt ist, kann sich ausmalen, dass dieser Bereich in den nächsten Jahren mit Personal und damit Arbeitsplätzen wachsen wird. Deshalb ist es gut, dass es dort diesen großen Saal gibt, in dem in Zukunft UN-Versammlungen stattfinden können.

Auch 2008 werden in Bonn wieder internationale Konferenzen stattfinden, unter anderem die 9. Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversität mit 5.000 Teilnehmern aus aller Welt. Auf Initiative unseres Ministeriums findet im Oktober nächsten Jahres die internationale Metropolis-Konferenz statt. Dabei handelt es sich um die weltweit bedeutendste Migrationskonferenz mit 1.100 Experten, die aber bisher noch nie in Deutschland getagt hat. Ich bin auf der letztjährigen Konferenz gewesen und habe die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Bonn eingeladen. Bonn hat den Zuschlag erhalten. Wir haben hier die gute Möglichkeit, Integration und Entwicklung im Rah-

men einer internationalen Konferenz darzustellen. Davon wird nicht nur die Stadt Bonn, sondern unser ganzes Land profitieren.

Das leitet mich zur Integration Zugewanderter als letztem Bereich über. Der Aktionsplan, den wir 2006 beschlossen haben, hat viele Akzente gesetzt, die insbesondere im nationalen Integrationsplan aufgegriffen worden sind. Wir bekennen uns zur nachholenden Integration, die bei uns in Nordrhein-Westfalen als Instrumentarien die Integrationsagenturen, das Netzwerk „Integration durch Bildung“ auf Basis der RAAs und – neu – die Familienzentren und mehrere Förderprogramme übernehmen.

Darüber hinaus hat Nordrhein-Westfalen in seinem Haushaltsentwurf zu den Landesmaßnahmen für Zugewanderte die ausgebaute integrationspolitische Infrastruktur und deren fachliche Weiterentwicklung angepeilt. Wie Sie wissen, geht die Zahl der Spätaussiedler weiter zurück. Von Januar bis Juli sind in Unna-Maaßen 700 Spätaussiedler angekommen. Das ist die niedrigste Zahl seit langer, langer Zeit. 2004 waren es noch 16.000 Zuwanderer. Unna-Maaßen muss neu strukturiert werden. Die Landesstelle muss auf ihre Kernaufgabe zurückgeführt werden. Von den jüdischen Kultusgemeinden haben wir erfahren, dass sie Wert darauf legen, dass auch die jüdischen Zuwanderer nicht sofort in die Gemeinden gehen, sondern in Unna-Maaßen eine Anlaufstelle finden. Wir haben als Konsequenz daraus gezogen, die Raum- und Personalkapazitäten bedarfsgerecht anzupassen und die organisatorische Eingliederung in die Bezirksregierung Arnsberg vorzunehmen. Gleichzeitig wird dort ein Kompetenzzentrum für Integration entstehen. Die Ansätze hierfür sind von 8,1 auf 4 Millionen € im Jahr 2008 gesunken.

Wir verstärken die integrationspolitischen Programme gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit neuen Aktivitäten. 14,8 Millionen € stehen in diesem Haushaltsbereich dafür zur Verfügung, und zwar zum einen für die Integrationsagenturen. Mittlerweile arbeiten 125 solcher Agenturen mit 200 Integrationsfachkräften. 68 Agenturen arbeiten in 21 von 23 kreisfreien Städten. 57 Agenturen arbeiten in 24 der 31 Kreise. Deutlich wird, dass wir ein inzwischen fast flächendeckendes System erreicht haben. Dafür stehen 6,7 Millionen € zur Verfügung.

Das Landesprogramm KOMM-IN NRW wird fortentwickelt, für weitere Kommunen geöffnet und nach Möglichkeit bis zum Jahr 2010 verlängert. Das gilt ebenfalls für 27 RAAs, den Regionalen Arbeitsstellen für die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Diese Arbeitsstellen leisten sehr gute Arbeit. Das ist lange Zeit aber nur an den 27 Orten, an denen sie sich befinden, geschehen. Das Wissen muss aber auch auf die vielen Orte, die bisher noch weiße Flecken sind, ausgedehnt werden. Das Netzwerk „Integration durch Bildung“ leistet diese Aufgabe, sodass die RAAs mit ihrem Wissen auch die Städte unterstützen, die bisher keine eigene RAA haben.

Seit 1997 fördert die Landesregierung die Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten. Auch für diesen Zweck stehen im nächsten Jahr Fördermittel in unveränderter Höhe von 265.800 € zur Verfügung. Auch die kommunalen Migrantenvertretungen sind wichtiger Ansprechpartner. Wir feiern gleich den zehnten Jahrestag der Gründung der LAGA, deren Arbeit im Landtag ausdrücklich gewürdigt werden kann.

Der Haushaltsentwurf zeigt: Nordrhein-Westfalen wird auch in der Integrationspolitik weiter ein zuverlässiger Partner derer sein, die dort aktiv sind.

Die Landeszentrale für politische Bildung gehört auch in meinen Haushalt. Das gilt ebenso für Initiativen gegen den Rechtsextremismus. Für die Arbeit der Bundesländer-Zentrale konnten Mittel in gleicher Höhe wie im Vorjahr sichergestellt werden, nämlich 5,5 Millionen €. Wir sind übrigens eines der wenigen Bundesländer, das noch auf eine Landeszentrale für politische Bildung setzt. Andere Länder haben sich von dieser Aufgabe längst verabschiedet. Diese Arbeit ist meiner Meinung nach aber viel langfristiger und wirkungsvoller als irgendwelche Sofortprogramme für den Fall eines rechtsradikalen Angriffs, der irgendwo stattgefunden hat. Langfristig ist das deshalb, weil die Menschen für unsere Demokratie und Werteordnung sensibilisiert werden. Deshalb bin ich froh, dass für das neue Haushaltsjahr die gleiche Summe bereitsteht.

Schwerpunkt ist bei uns auch die politische Partizipation junger Menschen. Aufklärung und Information über rechtsextremistische Bestrebungen, Entwicklungen und deren Prävention sind ein weiterer Schwerpunkt. Seit Beginn des Schuljahres 2005/2006 führt die Landeszentrale den Jugendwettbewerb „demokratie leben“ durch. In diesem Jahr findet dieser Wettbewerb unter dem Motto „Courage zeigen für Demokratie“ statt. Das ist genau das, was wir aus den Übergriffen gelernt haben: Man muss Courage zeigen und im richtigen Moment für seine Überzeugung eintreten. Der Wettbewerb wird dieses Jahr mit Unterstützung des Schulministeriums in allen Schulen stattfinden.

Auch in anderen Bereichen setzen wir auf die intensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. So wird das Informations- und Dokumentationszentrum zur Antirassismuarbeit aus dem Kinder- und Jugendförderplan gefördert. Neu gefördert wird mit einer Teilförderung von 38.000 € ein Projekt zur Beratung von Familienangehörigen und Bezugspersonen rechtsextremer Jugendlicher. Oft wird nämlich vergessen: Für viele Eltern ist es nicht immer eine Freude, wenn der eigene Sohn/die eigene Tochter quasi abgeleitet. Um diese kümmert sich niemand. Wir wollen aber die Eltern bei dieser Aufgabe stützen.

Außerdem fördern wir zehn Fußballfanprojekte und beteiligen uns mit bis zu 390.000 €. Das geschieht nicht, um Schals, Trompeten oder Ähnliches anzuschaffen, sondern für die Arbeit, die in den Stadien – auch in den unteren Klassen – geleistet wird, damit Rechtsextremismus keine Chance hat. In der Bundesliga macht das der DFB sehr engagiert. Aber je weiter nach unten Sie in den Ligen gehen, erleben Sie oft ganz schlimme Dinge. Ziel dieses Projekts ist es, schon bei den Jugendlichen dort anzusetzen.

Die Arbeitsgemeinschaft für den Kinder- und Jugendschutz ist an der Bereitstellung von Kontakten für Ausstiegswillige aus der rechten Szene. Soweit es um Rechtsextremismus im Internet geht, führt die Einrichtung jugendschutz.net umfassende Recherche- und Informationsaktivitäten durch, damit strafrechtlich relevante Medieninhalte unmittelbar verfolgt werden können.

Mit einer Gesamtsumme von 300.000 € werden wir die Arbeit des Vereins für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen in Siegen unterstützen sowie das Antirassismuszentrumszentrum in Duisburg, den Planerladen in Dortmund, das AntiDiskriminierungsbüro von Öffentlichkeit gegen Gewalt in Köln und das Pädagogische Zentrum in Aachen. Die Mediathek gegen Rassismus informiert umfassend mit 3.400 Titeln. 86 Schulen arbeiten im Programm „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“, das von der RAA-Hauptstelle, dem Schulministerium und meinem Haus getragen wird.

Mit der Entwicklung von Schulmaterialien soll auch das Thema „Flucht und Vertreibung“ aufgearbeitet werden. Sie konnten heute in der Zeitung lesen, dass die Schulministerin das zum Bestandteil von Unterricht macht. Das stand zumindest in der Zeitung mit den vier großen Buchstaben. Dieses Thema ist zwar ein bisschen vernachlässigt worden, glücklicherweise aber aus dem früher einmal herrschenden ideologisch-parteilichen Streit herausgenommen worden. Inzwischen sind auch viele auf der – wenn ich es einmal so sagen darf – „eher politisch linken Seite“, die das Thema bis 1989 immer etwas zurückgedrängt haben, hochsensibilisiert für das, was gegenüber denjenigen stattgefunden hat, die ihre Heimat verlassen und Vertreibung erleiden mussten. Deshalb bin ich froh, dass auch die Landeszentrale für politische Bildung für die Abgeordneten des Landtags und deren Besuchergruppen ein Angebot bereithält, das Bildung vermittelt, das Thema stärker in ihr Programm aufgenommen hat.

Der Haushaltsplan des Ministeriums leistet seinen Beitrag zur Konsolidierung. Wir leisten ihn, indem wir nicht allzu viel Mittel mehr einfordern. Da Kinder und Jugend Schwerpunkt sind, kommen wir etwas besser weg als andere Häuser, die einem Konsolidierungszwang unterliegen. Das ist ein wichtiges Signal. Wenn man so viel Unterstützung bekommt, könnte man auch einmal danke dafür sagen, dass das Kabinett „Kinder und Jugendliche“ als Schwerpunkt unterstützt.

(Beifall bei der CDU)

Die Ausführungen von Minister Laschet belegten eindeutig, so **Ursula Doppmeier (CDU)**, dass die Landesregierung trotz notwendiger Haushaltskonsolidierung Kinder und Jugendliche mit ihrem Bildungs- und Betreuungsbedarf in den Vordergrund stelle. Ungeachtet abnehmender Geburtenzahlen würden die Haushaltsmittel um 150 Millionen € aufgestockt, um frühkindliche Erziehung zu unterstreichen. Kein Kind werde mehr auf der Strecke bleiben, sondern von klein auf die nötige Unterstützung erfahren.

Von einem Mehr in Höhe von 150 Millionen €, moniert **Wolfgang Jörg (SPD)**, könne überhaupt keine Rede sein. Dass augenscheinlich mehr Mittel zur Verfügung stünden, führe er auf Taschenspielertricks zurück. In der Aktuellen Viertelstunde habe er bereits darauf hingewiesen, dass zu wenig da sei, um das Nötigste zu tun. Eine Priorität in der Kinder- und Jugendpolitik finde sich im Haushalt erneut nicht wieder. Der Landesjugendplan sei in der frühkindlichen Erziehung nicht auskömmlich.

Andrea Asch (GRÜNE) widerspricht dem Lob, das Minister Laschet dem Haushalt zollt. Belegt werde dieser Widerspruch durch die Zahlen des Haushalts selber: Von 150 Millionen € mehr für Kinder finde sich im Haushalt keine Spur. Nachlesbar sei allerdings, dass für 2007 ein Gesamtansatz von 875 Millionen € zur Verfügung stehe. Für 2008 ergebe sich in der Zusammenfassung ein Betrag von 969 Millionen €. Alleine 80 Millionen € dieser letzten Summe müssten dafür herhalten, um den gesenkten Anteil der kirchlichen Träger zu finanzieren. Es komme also kein Geld mehr bei den Kindern an. In den 969 Millionen € enthalten sei ferner die Sprachförderung, die Familienzentren sowie die Zuschüsse für die Tagespflege. 819 Millionen € seien für die Kindertagesstätten ausgegeben worden. Aus verbleibenden 100 Millionen € müssten die zusätzlichen Leistungen beglichen werden. Die Öffentlichkeit werde ganz klar getäuscht. Selbst mehrmaliges Wiederholen ändere daran nichts. Indem der Minister insinuiere, der Ansatz habe sich von 2006 bis heute verdreifacht, setze er dem Ganzen die Krone auf. Die „laschen 100 Millionen €“ kämen noch nicht einmal den Kindern zugute.

Auf der gleichen Schiene fahre der Minister beim Landesjugendplan: Mehrmals habe sie angefragt, ob das Sonderprogramm mit 4,5 Millionen € – eigentlich auch nur ein Trostpflaster – komplett abgerufen worden sei. Die Antworten des Hauses fielen diffus aus und seien ausweichend. Noch am 22. März 2007 habe Staatssekretärin Dr. Gierden-Jülich im hiesigen Ausschuss ausweislich des Sitzungsprotokolls gesagt, das Sonderprogramm sei komplett verausgabt worden. Dazu im Widerspruch stehe die Aussage des jetzigen Ansatzes: 1,2 Millionen € seien eben nicht abgeflossen.

(Widerspruch von Minister Armin Laschet [MGFFI])

Der Minister könne seinen Anspruch, mehr Geld für Kinder und Jugendliche bereitzustellen, anhand des Haushaltsentwurfs nicht untermauern. – Sie vermisse auch, dass aus dem LJP nicht abgerufene Mittel in den Entwurf für 2008 übertragen worden seien.

Regierung und Opposition setzten bekanntermaßen durchaus unterschiedliche Schwerpunkte, gibt **Ralf Witzel (FDP)** zu bedenken. So legitim Forderungen der Opposition seien, so legitim sei es, dass die Koalition aus CDU und FDP der ehemaligen Regierungskoalition aus SPD und Grünen deren Leistungen der vergangenen zehn Jahre vorhalte.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Immer diese alte Leier! Sie sind jetzt in der Verantwortung!)

Trotz der insgesamt katastrophalen Finanzlage, die Rot-Grün hinterlassen habe, Sorge die neue Koalition dafür, dass der Schulbereich und der Einzelplan des MGFFI im Zuständigkeitsbereich des hiesigen Ausschusses ungeachtet des Konsolidierungsdrucks mit mehr Mitteln als zuvor ausgestattet würden.

Die Betrachtung über die gesamte Legislaturperiode sei anhand einschlägiger Zahlen belegt. Mit dem Kinderbildungsgesetz lasse sich beim Ausbau der Infrastruktur Erhebliches bewerkstelligen. Das Schubladendenken der Opposition verwundere ihn. Rot-Grün habe zu Zeiten eigener Regierungsverantwortung nämlich sehr viel syste-

matischer gedacht. Dies gelte speziell für die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugend. Immerhin hingen beide Haushalte zusammen, zumal Schule in Synergie mit dem Jugendbereich Aufgaben übernehme. Zum Ende der Legislaturperiode werde es klar und deutlich: Trotz geringerer Kopfzahl werde es sowohl im Schulbereich als auch im Jugendbereich Mittelaufwüchse in dreistelliger Millionenhöhe geben.

Minister Armin Laschet (MGFFI) kommt zur Veranschaulichung des Zahlenwerks auf den Hortbereich zu sprechen: Die neue Landesregierung habe sich für eine verlängerte Förderung der Horte ausgesprochen. Die Mittel für diesen Bereich gingen 1:1 über in den Etat des Schulministeriums, damit dort offene Ganztagschulen ausgebaut werden könnten. Diesen Weg habe Rot-Grün begonnen; jetzt werde er von Schwarz-Gelb fortgesetzt. Veranschlagt werde diese Maßnahme mit 33 Millionen €, die in den zuvor von der Abgeordneten Asch erwähnten 875 Millionen € enthalten sein. Die Arbeit, die in den Kindertagesstätten geleistet werde, sei eine andere als die, die in den Horten geleistet werde, sei aber in den 875 Millionen € enthalten. In der Detailberatung könne man tiefer in die Materie einsteigen.

Sprachförderung und Familienzentren seien für ihn im Übrigen nichts anderes als „Förderung von Kindern“. Die entsprechenden Haushaltsansätze kämen Kindern zugute.

Davon zu reden, so **Marie-Theres Kastner (CDU)**, es würden „lasche 100 Millionen € draufgelegt“, rege sie persönlich auf. Dieses Geld werde keineswegs den Kirchen gegeben, sondern diene dazu, Kinderbetreuungsplätze und Plätze für Erzieherinnen zu sichern. Gerade in Bezug auf die Neuordnung der Tagesbetreuung von Kindern sei ihr aus ihrer kommunalen Verantwortung noch erinnerlich, dass sie – 1998 – protestiert habe. Seinerzeit habe die SPD-geführte Landesregierung 440 Millionen DM aus dem System herausgenommen. Mehrere Tausend Erzieherinnen seien aufgrund einer Neustrukturierung der Personalkostenverordnung arbeitslos geworden. Die Betriebs- und Sachkostenpauschalen seien massiv gekürzt worden.

Sprachförderung und Familienzentren bedeuteten eine massive Politik für Kinder. Sie sei froh über den eingeschlagenen Weg. Verantwortungsvoll sei es außerdem, Mehreinnahmen, die der Haushalt verzeichne, zum Schuldenabbau zu verwenden, statt Wohltaten zu finanzieren, die von den nachfolgenden Generationen rezufinanzieren seien.

Bernhard Tenhumberg (CDU) erstaunt die Diskussion über Planzahlen des Haushalts gerade im Generationenausschuss. Kinder und Jugendliche stünden doch im Mittelpunkt des Ausschusses. Er rate deshalb zu einer verstärkteren inhaltlichen Debatte, statt eine Diskussion um 30 Millionen € oder 100 Millionen € mehr zu führen. Auch Sozialpolitiker sollten Haushaltspläne lesen lernen. Wer den Haushalt interpretiere, müsse die Zahlen der Vorjahre im Hinterkopf haben. Er habe wenig Verständnis für die jetzige Debatte, in der man sich vorrangig mit Zahlen auseinandersetze. Er ermahne alle, sich mehr an den eigentlichen Aufgaben des Ausschusses zu orientieren.

tieren. Er sei gespannt auf die Reaktion der Opposition zum KiBiz. Die Koalition werde belegen, dass die getroffenen Entscheidungen sehr vernünftig und die Beträge auskömmlich seien.

Auch Inhalte, äußert **Wolfgang Jörg (SPD)**, müssten letztendlich aber mit Zahlen hinterlegt werden. Beim Studium der Zahlen, die die Landesregierung vorlege, müsse er abschließend feststellen: Zwar gebe es einen Mittelaufwuchs; dem stünden aber umso mehr zu bewältigende Aufgaben gegenüber. Die Einrichtungen vor Ort würden spüren, dass sie die ihnen gestellten Aufgaben mit den an die Hand gegebenen Mitteln nicht lösen könnten. Die Zahlen seien prima formuliert; aber solange kein Geld hinterlegt werde, nützten solche Formulierungen nichts.



Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

35. Sitzung (öffentlich)

6. September 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:40 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Aktuelle Viertelstunde**
Künftige Finanzierung des Ausbaus von U3-Betreuungsplätzen **7**
– Berichtsanforderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dem Bericht von Minister Armin Laschet (MGFFI), Vorlage
14/1303, schließt sich eine Aussprache an.

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz
2008)** **11**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

In Verbindung mit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 – 2011

Drucksache 14/4601

Der Ausschuss nimmt zunächst den Einführungsbericht des Ministers für Generationen, Familie, Frauen und Integration zum Haushaltsgesetz 2008 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses entgegen. Eine erste Aussprache schließt sich an. Das weitere Verfahren wird vereinbart.

3 Der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen 22

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Thomas Kufen, entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt.

4 Entwicklungszusammenarbeit stärkt das internationale Profil des Landes Nordrhein-Westfalen 30

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3843

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/3843 wird nach abschließender Beratung mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

5 Europa für junge Menschen erfahrbar machen – die europäische Jugend für Europa stärker begeistern 31

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3844

Der Ausschuss fasst nach abschließender Beratung folgendes Votum: Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/3844 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

6 Debatte um den Ausbau der frühkindlichen Betreuung um Qualitätsaspekte erweitern 33

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/4242 – Neudruck

Nach abschließender Beratung wird der der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/4242 – Neudruck mit den Stimmen von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

7 Geschlechtergerechte Sprache anwenden! 35

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4238

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/4238 wird wegen noch bestehenden Beratungsbedarfs vertagt.

8 Kultur und Alter – Kulturangebote im demografischen Wandel 36

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3036

Ausschussprotokoll 14/399
(*Entschließungsantrag Drucksache 14/3124 liegt vor.*)

Die abschließende Beratung und Abstimmung werden wegen noch bestehenden Beratungsbedarfs vertagt.

9 Verbesserung des Impfschutzes in Nordrhein-Westfalen verbindlich gesetzlich regeln 37

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4350

Vorlage 14/1245

Die abschließende Beratung und Abstimmung werden auf Wunsch der SPD-Fraktion vertagt. Zunächst soll die entsprechende Regelung im KiBiz abgewartet werden.

10 Hartz IV – Kinder brauchen mehr 38

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4330

Nach Wortmeldungen aus den Fraktionen kommt der Ausschuss einvernehmlich überein, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/4330 zugunsten eines möglichen Konsenses zu schieben.

11 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzuges in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – JStVollzG NRW) 39

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4236

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzuges in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – JStVollzG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4412

Der AGFI wird sich an einer Sitzung des Rechtsausschusses zum Thema des Tagesordnungspunktes im Rahmen einer für ihn ordentlichen Sitzung beteiligen.

12	Verschiedenes	40
a)	Ausschusssitzung am 11. Oktober 2007	40
b)	Öffentliche Anhörung zur „Sprachstandserhebung“	40

Zu den Unterpunkten a) und b) siehe Seite 40 des Diskussionssteils.

* * *

